

Elbferry meldet Insolvenz an

BRUNSBÜTTEL

Sie fuhr zuletzt schon in schwerem Fahrwasser. Ausbleibende Corona-hilfen gaben nun den Ausschlag: Die Elbferry GmbH & Co. KG hat Insolvenz anmeldet.

Von Michael Behrendt

Bereits am Montag hatte Elbferry-Geschäftsführer Heinrich Ahlers gegenüber unserer Zeitung angekündigt, zu versuchen, das Unternehmen zu retten. Wegen drohender Zahlungsunfähigkeit war da schon Insolvenz-antrag am Amtsgericht Cuxhaven gestellt worden, wie der vorläufige

Insolvenzverwalter, Berend Böhme, gestern bekanntgab.

Der Fährbetrieb werde zunächst „ohne Einschränkungen aufrechterhalten“, hieß es weiter. Zeitnah wolle man nun noch einmal Gespräche mit der Politik suchen. Ob das von nachhaltigem Erfolg gekrönt sein wird, bleibt offen: Die Suche nach gemeinsamen Lösungen fiel bis zuletzt auf wenig fruchtbaren Boden. Vonseiten des Landes Schleswig-Holstein hieß es stets, private Initiativen wie die der Fährbetreiber zu begrüßen und nach Möglichkeit zu unterstützen, die Finanzierung einer privaten Linie mit Steuermitteln hatte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) gleichwohl immer ausgeschlossen.

Am vergangenen Freitag nun teilte das Land den Elbferry-Betreibern mit, dass der Antrag auf Corona-hilfen abgelehnt wurde – eine Ent-



Der Fährbetrieb zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven soll weiter aufrechterhalten werden.

scheidung der Härtefallkommission, der unterschiedliche Institutionen wie etwa die Industrie- und Handelskammer angehören. Demnach seien die Kriterien für Härtefallhilfen nicht erfüllt worden.

Bis zu 800.000 Euro an Landeshilfen hatten sich die privaten Fährbetreiber erhofft. Wegen der Corona-Beschränkungen war das Geschäft

zu Ostern und Pfingsten nicht so wie von ihnen erhofft angelaufen. Ahlers sagte, als der Betrieb Ende 2020 geplant worden sei, sei nicht abzusehen gewesen, dass im Frühjahr 2021 keine volle Auslastung auf der Fähre möglich sein werde. Und nun verschärfen auch noch massiv gestiegene Treibstoffkosten sowie jahreszeit- aber auch coronabedingt sinkende Fracht- und Fahrgastzahlen die Situation für das Unternehmen.

Insolvenzverwalter Böhme betonte, die Sommermonate seien mit Gewinn abgeschlossen worden: „Die Fähre ist sehr positiv angenommen worden.“ Deshalb wolle man nun noch einmal die Politik zu einem Runden Tisch einladen. „Der Fährbetrieb ist ein Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge“, betonte er. Die Politik müsse daher ein Interesse daran haben, die Fährverbindung aufrechtzuerhalten. **Seite 24**

Zukunft der Elbfähre ist ungewiss

BRUNSBÜTTEL

Hohe Treibstoffpreise und pandemiebedingte Umsatzausfälle belasten die Fährverbindung nach Cuxhaven. Nun hat der Betreiber Insolvenz angemeldet.

Von Tewe Schefer und Michaela Reh

Widrige Umstände hätten die Fährgesellschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Nicht eingeplante Umsatzausfälle durch den langen Lockdown im Frühjahr sowie explodierende Treibstoffpreise würden das Geschäft belasten. Dazu stehen die traditionell umsatzschwächeren Wintermonate vor der Tür, und Coronahilfen bleiben dem Unternehmen verwehrt. „Ich habe mich gestern entschlossen, Insolvenz anzumelden“, sagte Elbferry-Geschäftsführer Heinrich Ahlers am Dienstagvormittag.

Der vom Amtsgericht Cuxhaven bestellte Insolvenzverwalter Berend Böhme erläuterte die Folgen, die mit dem Antrag einhergehen. Die Löhne und Gehälter der 53 Arbeitnehmer des Unternehmens seien über das Insolvenzgeld für drei Monate gesichert und der Fährbetrieb werde „bis auf Weiteres aufrechterhalten“. Der bisherige Fahrplan mit jeweils vier Abfahrten von jeder Seite werde weiter bedient. Es gelte nun zu prüfen, ob das Angebot betriebswirtschaftlich weitergeführt werden könne.

Die Preise für Flüssigerdgas seien seit März um das Fünffache gestiegen, sagte Böhme. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht wäre mit dem Treibstoff schlicht ein erheblicher Kostenträger „weggelaufen“, der vom Unternehmen nicht zu beeinflussen sei. Dennoch habe es in den Sommermonaten Gewinne erwirtschaften können und sogar die Erwartungen übertroffen. Um aber die nachfrageärmeren Monate im Winter überbrücken zu können, hatte das Unternehmen einen Antrag auf Coronahilfen gestellt, der jedoch abgelehnt wurde.

Nach Informationen unserer Zeitung hat die Elbferry GmbH & Co. KG bisher keine Kredite aufgenommen, die Finanzierung laufe derzeit rein über die Gesellschafter. Hilfsangebote seitens des Landes Schleswig-Holstein seien bislang ausgeschlagen worden, wie Harald Haase, Sprecher des Wirtschaftsministeriums in Kiel, bestätigte. Sehr zum Bedauern des FDP-Landtagsabgeordneten Oliver Kumbartzky: „Seitens des Landes gibt es die Bereitschaft, mit den Gesellschaftern beispielsweise über Darlehen oder stille Beteiligungen zu sprechen. Es sind jetzt gemeinsame Anstrengungen vonnöten, um die Fähre zu halten.“ Ein Aus des Fährbetriebes wäre ein „sehr harter Schlag für die gesamte Region“. Um diese Entwicklung abzuwenden, will Kumbartzky weiterhin im Gespräch mit den Vertretern der Elbferry, dem Insolvenzverwalter und dem Wirtschaftsministerium bleiben. Eine öffentliche Förderung durch das Land sei laut Ministeriumssprecher Haase allerdings ausgeschlossen. „Die wäre rechtlich auch ausgesprochen fragwürdig, weil nicht eine Fährlinie gegenüber den Mit-

bewerbern bevorzugt werden darf“, sagt CDU-Landtagsabgeordneter Volker Nielsen. Vielleicht sollte man stattdessen lieber prüfen lassen, ob die Elbferry nicht als Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gewertet und dementsprechend mitfinanziert werden könne.

Insolvenzverwalter Böhme kündigte nun an, die Politik der Gemeinden und Länder noch einmal zu einem Runden Tisch einladen zu wollen, um den Widerspruch des Unternehmens gegen die Ablehnung der beantragten Hilfszahlungen zu begründen. Die Politik sei dafür verantwortlich, die Infrastruktur zu gewährleisten und die Elbfähre sei ein „ökologisch sinnvolles Angebot“. Auch Heinrich Ahlers zeigt sich weiterhin überzeugt vom eigenen Betrieb: „Wir haben das richtige Schiff.“ Es sei schnell genug und komme in einer Stunde von Brunsbüttel nach Cuxhaven.

Vonseiten der Gesellschafter oder des Vercharterers ist laut Böhme

kein weiteres Entgegenkommen zu erwarten. Die Gesellschafter seien bereits ein hohes finanzielles Risiko eingegangen. Der Vercharterer kommt dem Unternehmen laut Ahlers bereits deutlich entgegen, indem er weniger als die Hälfte der ursprünglich vereinbarten Charterkosten verlange.

Die Hiobsbotschaft vom Insolvenzantrag hat bei Bürgermeister Martin Schmedtje (parteilos) Bestürzung ausgelöst. „Wenn die Fähre nicht mehr pendelt, wäre das eine Katastrophe für die Stadt.“ Soweit dürfe es nicht

kommen: „Wir als Kommune können allerdings nur die Daumen drücken, dass die Gesellschaft gerettet wird.“ Jetzt seien vor allem die Länder gefragt. „Wenn Wirtschaftsminister Bernd Buchholz eine Verweigerungshaltung in Sachen Elbferry einnimmt, muss das Ganze zur Chefsache erklärt werden“, fordert Schmedtje. Notfalls müsse Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nachhelfen.

Wenn die Fähre nicht mehr pendelt, wäre das eine Katastrophe für die Stadt.

Bürgermeister Martin Schmedtje



Verkündeten gestern die Hiobsbotschaft: Elbferry-Geschäftsführer Heinrich Ahlers (links) mit Insolvenzverwalter Berend Böhme vor dem Wartebereich der Elbfähre in Brunsbüttel.

Foto: Schefer